

Spital Uster hat viel Unterstützung von vier wichtigen Aktionärsgemeinden

Region Dübendorf, Pfäffikon, Schwerzenbach und Uster bestreiten den Grossteil der nötigen Aktienkapitalerhöhung. Am gestrigen Abstimmungssonntag wurde klar: Das Spital Uster kann auf die Unterstützung dieser Gemeinden zählen.

Marie Fredericq und **Michael Kaspar**

Nachdem Fehraltorf als erste Gemeinde bereits im Dezember der Aktienkapitalerhöhung zustimmte und damit den Weg für die Finanzspritze ebnete, wurde am Wochenende ein Meilenstein für das Vorhaben erreicht: Mit mindestens 77 Prozent wurde die Erhöhung in Uster, Dübendorf, Schwerzenbach und Pfäffikon angenommen.

Die vier Gemeinden sind mitunter die Hauptträger der Erhöhung, machen sie doch gemeinsam rund 33,4 Millionen der gewünschten 40 Millionen Franken aus. Dabei soll sich Uster mit maximal 20 Millionen Franken, Dübendorf mit 9,7 Millionen Franken, Schwerzenbach mit 1,7 Millionen Franken und Pfäffikon mit 2 Millionen Franken beteiligen.

«Dankbar und erleichtert»

Die Verantwortlichen im Spital Uster können durchatmen. Denn mit dem nun erfolgten Ja aller vier Gemeinden ist das weitere Bestehen des Spitals auf dem besten Weg. Bereits im Vorfeld hatten alle Gemeinderäte der vier Aktionärsgemeinden die Empfehlung zu Ja an der Urne abgegeben.

Sacha Geier, Verwaltungsratspräsidentin der Spital Uster AG, nimmt den Entscheid mit Genugtuung zur Kenntnis, wie sie in einer Medienmitteilung verlauten liess. «Wir sind dankbar und erleichtert über das Ja der Bevölkerung in unseren Aktionärsgemeinden.»

Erfreut zeigt sich auch die Ustermer Stadträtin und Abtei-

lungsvorsteherin Gesundheit Karin Fehr (Grüne): «Ich freue mich über diese hervorragenden Resultate und bedanke mich herzlich bei der Stimmbevölkerung. Die Ergebnisse sind ein Zeichen grossen Vertrauens in das Spital und in die Arbeit, die dort täglich geleistet wird.»

Höchster Ja-Anteil in Uster

Pfäffikon legt am Sonntagmittag vor: Mit 77,42 Prozent zeigt die Gemeinde deutlich, wie sie zur Aktienkapitalerhöhung des Spitals Uster steht. Mit einer Stimmbeteiligung von 58,83 Prozent und 3672 Ja- gegenüber 1071 Nein-Stimmen ist das Ergebnis mehr als klar – das Spital kann auf die Unterstützung der Pfäffikerinnen und Pfäffiker zählen.

Auch Schwerzenbach unterstützt die Aktienkapitalerhöhung deutlich. Mit 84,7 Prozent und 1475 zu 267 Stimmen stehen die Schwerzenbacherinnen und Schwerzenbacher hinter dem Spital Uster und folgen damit dem Pfad, den Fehraltorf und Pfäffikon bereits geebnet haben. Gemeindepäsident Martin Hermann findet in der Mitteilung der Gemeinde deutliche Worte zum Ergebnis: «Ich freue mich über dieses klare Signal. Unsere sich stark entwickelnde Region ist auf eine moderne und zukunftsgerichtete Gesundheitsversorgung angewiesen. Ich bin überzeugt, dass dem Spital Uster auch in Zukunft dabei eine zentrale Rolle zukommt.»

Mit 77,65 Prozent schlägt auch Dübendorf eine eindeutige Richtung ein: 6498 Dübendorferinnen und Dübendorfer unterstützen



Mit der Unterstützung der vier grössten Aktionärsgemeinden steht dem Weiterbestand des Spitals Uster fast nichts mehr im Wege. Foto: Simon Grässle

das Vorhaben. Dem entgegen stehen 1870 Nein-Stimmen.

Es ist ein Ustermer Heimspiel: Mit 87,53 Prozent und 11 702 zu 1667 Stimmen ist die Ustermer Stimmbevölkerung ein deutlicher Verfechter ihres Spitals und steht fast zweifellos hinter dem weiteren Bestehen. Es ist das klarste Ergebnis der vier Aktionärsgemeinden.

Scheitern noch möglich

Obschon dieses Abstimmungswochenende ein Erfolg für das Bestehen des Spitals ist, könne das Vorhaben nach wie vor scheitern. «Dieser Abstimmungsson-

tag war ein zentraler, aber nicht der letzte Schritt», sagte Karin Fehr. Denn auch die positive Entscheidung der übrigen Aktionärsgemeinden ist für die Zukunft des Spitals notwendig – ansonsten drohe immer noch der Konkurs. «Ich bin zwar sehr zuversichtlich, dass die Aktienkapitalerhöhung gelingt – doch über den Berg sind wir noch nicht», erklärt Fehr.

Ein Konkurs würde nicht nur die Gesundheitsversorgung der Region bedrohen, sondern die Aktionärsgemeinden erheblich finanziell belasten. Diese haften nämlich für die Verbindlichkeiten des Spitals, ebenfalls ihrer pro-

zentualer Aktienbeteiligung entsprechend. Das würde gerade für die vier grössten Aktionärsgemeinden Uster, Dübendorf, Pfäffikon und Schwerzenbach wesentlich höhere Steuergelder kosten als die nun entschiedene Aktienkapitalerhöhung.

Seit Anfang 2023 ist das Spital Uster als AG mit zehn Aktionärsgemeinden organisiert, welche das Spital zu 100 Prozent tragen. Nun ist jedoch die Eigenkapitalquote auf 13,4 Prozent gesunken (Stand Ende 2022) – gemäss Vorgabe der Gesundheitsdirektion Kanton Zürich muss diese auf 30 Prozent erhöht werden, damit

So geht es nach der Abstimmung weiter

Nach dem Ja aus Fehraltorf folgten an diesem Abstimmungssonntag die Zustimmung der vier Aktionärsgemeinden, die ihre Entscheidung über die Aktienkapitalerhöhung vor die Urne gebracht haben. Noch ausstehend ist das Ja der Gemeinden Greifensee, Russikon, Hittnau, Mönchaltorf und Wildberg, welche die Entscheidung an der Gemeindeversammlung treffen werden – alle noch im März. Während Greifensee prozentual die drittgrösste Anteilsgemeinde ist, möchte sich diese laut Gemeinderat mit nur rund 546 000 Franken anstelle der prozentualen 2,9 Millionen Franken beteiligen. Läuft alles nach Plan, soll im April der definitive Betrag der Erhöhung festgelegt und im Mai die Refinanzierung des Spitals abgeschlossen werden. (mar)

das Spital kreditwürdig bleibt. Grund für die gesunkene Eigenkapitalquote sind vor allem Abschreibungen von Projekt- und Planungskosten für den nicht weiterverfolgten Neubau, das Operationsverbot während der Corona-Pandemie, Vorhalteleistungen sowie nicht kostendeckende Tarife.

Ohne einer Aktienkapitalerhöhung müsste das Spital Konkurs anmelden – mit weitreichenden Folgen. So wäre die Gesundheitsversorgung der Region nicht mehr gewährleistet. Das Spital Uster ist zudem ein wichtiger Arbeitgeber der Region.

Projektierungskredit zur Unteren Farb ist abgelehnt

Uster Die Bemühungen des Referendumskomitees scheinen sich gelohnt zu haben: Die Ustermer Stimmbevölkerung lehnt den Projektierungskredit über 1,16 Millionen Franken ab. Damit liegt das Vorhaben vorerst auf Eis.

Es ist ein überraschendes, wenn auch knappes Ergebnis: Obwohl der Projektierungskredit über 1,16 Millionen Franken zur Unteren Farb im Gemeinderat bereits mit 23 zu 7 Stimmen angenommen wurde, musste er wegen eines Referendums nun doch noch an die Urne. Mit 6960 zu 6042 Stimmen und damit 53,53 Prozent lehnt die Ustermer Stimmbevölkerung das Vorhaben ab.

Die Diskussion um die ehemalige Blaufärberei erhitze bis zuletzt die Gemüter. Obwohl eine Sanierung zweifellos nötig ist, scheiden sich die Geister beim Zweck des historischen Gebäudes: Während die Stadt öffentlich zugängliche Gemeinschaftsräume, Büroräumlichkeiten und Platz für das Stadtarchiv und die Paul-Kläui-Bibliothek vorsieht, hinterfragt das Referendumskomitee den Abbau des Wohnraums und die Lage für das Archiv und die Bibliothek.

Zuletzt prangerte das Referendumskomitee die Informationen der Stadt an: Wegen «irreführender und falscher Abstimmungsweisung» legte es

beim Bezirksrat Stimmrechtsbeschwerde ein. Das Ergebnis der Beschwerde sei laut BPU-Gemeinderat Paul Stopper seit Freitag klar – mehr möchte er aber dazu nicht sagen. Mit der abgelehnten Abstimmung hat das Begehren der Stimmrechtsbeschwerde jedoch sowieso an Relevanz verloren.

Auf zweimal Ja folgt einmal Nein

Offenbar hatte die Auflehnung des Komitees Erfolg – denn obwohl die Untere Farb bereits zweimal mit einem Ja an der Urne abgesegnet wurde, scheidet das Projekt nun an der Abstimmung um den Projektierungskredit. Mit einem Unterschied von knapp 1000 Stimmen steht die Ustermer Stimmbevölkerung nicht hinter dem Anliegen.

«Obwohl es aus meinem Blickwinkel schwierig war, eine Annahme zu treffen, bin ich schon ein wenig vom Ergebnis überrascht», sagt Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP). Sie hatte das Projekt intensiv unterstützt und war stark daran betei-

ligt. «Die Stimmbevölkerung hatte das Projekt ja bereits zweimal gutgeheissen, für ein drittes Mal reichte es nun leider nicht.»

In den ersten beiden Abstimmungen ging es um den Gestaltungsplan. Der jetzt abgelehnte Projektierungskredit hätte das Projekt, dessen Gestaltung und auch die Kosten weiter konkretisiert. Doch dazu wird es nicht kommen.

Referendum wurde stark unterstützt

Das Parlament hatte den Projektierungskredit zwar bereits deutlich gutgeheissen, doch wegen des Referendums kam der Entscheid nun noch vor das Volk. Mit 968 statt der nötig gewesenen 400 Unterschriften zeigten die Ustermerinnen und Ustermer, wie sie zum Vorhaben stehen.

Unter anderem standen die Kosten des möglichen Baukredits über die 12,6 Millionen Franken zur Diskussion. Ursprünglich wurden nämlich 2015 noch rund 8 Millionen Franken eingeplant: Die Kostendifferenz von 5 Millionen ist laut Abstimmungsweisung der Stadt auf zu-

sätzliche Ausgaben zurückzuführen. In der starken Erhöhung der Kosten sieht Paul Stopper, ebenfalls Mitglied des Referendumskomitees, einen der Gründe für die jetzige Ablehnung des Projektierungskredits. Daneben war vor allem die Nutzung des historischen Gebäudes, explizit der Erhalt des Wohnraums, ein Hauptanliegen des Komitees. «Wir freuen uns, dass die Untere Farb so bleiben kann, wie sie ist – bewohnt!»

Weiteres Vorgehen ungewiss

Dennoch sieht auch Stopper Handlungsbedarf – denn die Notwendigkeit einer Sanierung stehe ausser Frage. Er sieht die Möglichkeit von zwei Wohnungen, wünscht sich eine energetische Sanierung – und die Wiederherstellung der Scheune für eine öffentliche Nutzung. «Auch eine einfache Gastronomie wäre möglich, da sind wir nicht dagegen.»

Doch wie es nun konkret weitergeht, ist ungewiss. Mit der Ablehnung des Projektierungskredits steht die Zukunft der Unte-

ren Farb und der Umfang der nötigen Sanierung in den Sternen. «Aktuell sehe ich keinen Weg, das Projekt in dem Umfang, den wir angedacht hatten, zu realisieren», so Thalmann. Des-

halb sei es schwierig zu sagen, was die nächsten Schritte sind – das weitere Vorgehen würde nun angeschaut.

Marie Fredericq



Das historische Gebäude ist bereits seit dem Jahr 1987 im Besitz der Stadt. Was nun damit passiert, ist nach der Ablehnung des Projektierungskredits ungewiss. Archivfoto: Silvano Pedretti